



Niederschrift

67. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 11.04.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:42 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	bis 18:50 Uhr
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:20 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 18:45 Uhr
Frau Kirchner, Irene	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herrn Küpper, Polizeipräsident und Herr Marshall vom Schutzbereich Potsdam
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam
Herr Fehlau, EWP
Herr Voehse, Sozialarbeiter vom Babelsberger Fanprojekt
Frau Remann, KIS
Herr Dr. Pokorny, für den GB 1
Frau Ewers für den GB 2
Herr Schiemann für den GB 3
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.02.2007
- 2 Sicherheitsgespräch mit dem Polizeipräsidenten
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1 Information zur Anfrage 07/SVV/0012 der Stadtverordneten Bankwitz zu den Gaspreisen
- 3.2 Mängelbeseitigung am Theaterneubau
- 3.3 Information zur Schiffbauergasse
- 4 Sonstiges

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.02.2007

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die DS 07/SVV/0173 „Freizeitbad“ als Punkt 3 zu behandeln, da diese aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung an den Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen wurde. Herr Schüler fragt zu diesem Antrag nach, warum dieser nicht im nächsten Hauptausschuss behandelt werden könne. Dem entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass er die Behandlung „im nächsten Hauptausschuss“ beantragt habe, was so auch mehrheitlich beschlossen wurde.

Im Weiteren beantragt Frau Kirchner zum TOP 2 das Rederecht für Herrn Voehse als Mitglied des Jugendhilfeausschusses. Gegen die Aufnahme der o.g. Drucksache und das Rederecht für Herrn Voehse erhebt sich kein Widerspruch. Die so geänderte Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 66. Sitzung vom 28.03.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, bestätigt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Polizeipräsidenten Herrn Küpper und Herr Marshall vom Schutzbereich Potsdam. Anhand visueller Darstellungen, die allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegen, erläutert Herr Marshall die Entwicklung der Straftaten in der Stadt Potsdam 2004/2005/2006 und geht dabei u.a. auf Straftaten mit erhöhter Zunahme der Deliktzahlen, Straftaten mit erhöhtem Rückgang der Deliktzahlen, die Kriminalitätsbelastung im Vergleich der Städte Potsdam, Cottbus, Frankfurt (O) und Brandenburg, Schwerpunkte im Kriminalitätsgeschehen, die Tatverdächtigen- und Bevölkerungsstruktur, die Opferstruktur sowie die Verkehrsunfalllage ein.

Anschließend werden die Nachfragen seitens der Hauptausschussmitglieder beantwortet. Frau Dr. Müller fragt bezüglich des Projektes der „TOP TEN“, nach den Partnern, den Trägern und danach, wer über die Teilnahme an diesem Projekt entscheide. Herr Marshall verweist darauf, dass für dieses Projekt Jugendliche nach ihrer Entwicklungsprognose und der „Qualität der Straftat“ ausgewählt werden und wo noch Einflussmöglichkeiten bestehen. Initiiert wurde dies von der Polizei und sie involviere die Staatsanwaltschaft, den Täter-Opfer-Ausgleich, die Jugendhilfe, evtl. Ausbilder oder Familienhelfer – also alle, die Einfluss haben. In regelmäßigen Treffen gebe es Einzelfallbesprechungen und konkrete Festlegungen.

Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich für den umfassenden Bericht und fragt nach aktuellen Untersuchungen zum subjektiven Kriminalitätsempfinden, den Vorbereitungen und Auswirkungen der vorgesehenen Schließung der Wache Nord sowie den Schlussfolgerungen bezüglich der Videoüberwachung am Potsdamer Hauptbahnhof. Frau Dr. Schröter fragt nach der Auswahl und den Prinzipien der Geschwindigkeitsüberwachung, da man den Eindruck haben könne, dass dort gemessen werde, wo keine Behinderungen oder Gefährdungen zu erkennen seien. Frau Paulsen will wissen, ob es Erhebungen darüber gebe, welche Unfälle durch Radfahrer verursacht werden. Herr Heinzl bezieht seine Nachfrage auf die in den Medien oft zu lesende Kritik an der Polizei und fragt, ob das Ansehen dieser gestiegen oder gefallen sei.

Herr Küpper geht in der Beantwortung der Fragen eingangs auf das Ansehen der Polizei ein und verweist darauf, dass die letzte diesbezügliche Umfrage des Innenministeriums 2002 durchgeführt und für die Polizei „gute Ergebnisse“ erzielt wurden. Seit dem wurde dies wegen des hohen Aufwandes und der Kosten nicht wiederholt. Gleiches gelte auch für das subjektive Sicherheitsempfinden, welches mit der vorgenannten Erhebung ebenso im Jahr 2002 abgefragt wurde. Bezüglich der Beschwerden über die Standorte zur Geschwindigkeitsüberwachung betont Herr Küpper, dass seitens der Polizei nicht geduldet werde, dass die Verkehrsregeln durch die Verkehrsteilnehmer gemacht werden. Bei der Bestimmung der Standorte sei es egal, ob es sich um Unfallschwerpunkte, Kitas oder Schulen handele; die Verkehrsregeln gelten überall und daran haben sich auch alle zu halten. Herr Marshall ergänzt die Ausführungen und betont, dass diese Überwachung das Ziel habe, die Verkehrsunfälle insgesamt zu senken.

Bezüglich der vorgesehenen Schließung der Wache Nord (ca. August/September d.J.) gebe es seitens der Bevölkerung kaum eine Resonanz. Da das Personal in die Wachen Mitte (zu 90 %) und die Wache Babelsberg (zu 10 %) integriert und die Struktur der beiden Wache etwas verändert werden, habe das für die Potsdamer keine spürbaren Auswirkungen. Für die Wache Mitte sei darüber hinaus ein Umzug in die Berliner Straße geplant. Er schätze diese Maßnahmen eher als

einen Gewinn für Potsdam ein, da man dann bessere „Führungsspannen“ habe.

Im Weiteren bittet Herr Schüler, auf die Nachfrage zu den Kritiken an der Polizei näher einzugehen. Frau Bankwitz meint, dass die Frage der Geschwindigkeits-übertretungen nur quantitativ dargestellt worden sei und sie nach wie vor den Eindruck habe, dass dies dort getan werde, „wo es sich lohne und Einnahmen akquiriert“ werden können. Bezüglich der Radfahrer sei sie froh, dass diese flexibel reagieren, weil ansonsten die Gefährdung noch höher sei. Frau Kirchner fragt nach, wie hoch der Anteil bei Körperverletzungen sei, die durch häusliche Gewalt verursacht werden. Darüber hinaus empfiehlt sie, die Opferstruktur in Bezug auf die Taten darzustellen, weil sonst ein gefälschtes Bild entstehen könne. Zu der Kritik an der Polizei verweist sie darauf, dass es nicht darum gehe, die Überschreitung gesetzlicher Grenzen zu legalisieren, sondern um das Verhalten und Auftreten der Polizei.

Die erbetenen statistischen Angaben, so Herr Marshall, werde er nachreichen, bittet aber für folgende Berichterstattung darum, spezielle Bedarfe an statistischen Angaben im Vorfeld zu signalisieren. Die erbetenen Zahlen liegen vor; eine Berichterstattung zu allen Statistiken würde jedoch den Rahmen sprengen.

Herr Küpper merkt im Weiteren an, dass es immer dann Kritik und starke Beschwerden gebe, wenn die Polizei repressiv vorgehe. Diese Kritiken werden auch ausgewertet und geprüft; in der Regel sei aber festzustellen, dass der Ermessensspielraum durch die Beamten genutzt wurde; die Akzeptanz aber bei den Betroffenen nicht da sei. Sollte es dennoch zu Fehlverhalten kommen, werde dem auch nachgegangen – allerdings könne er nicht „befehlen“, Fehlverhalten oder Gesetzesüberschreitungen zu tolerieren.

Auf die Nachfragen von Herrn Gohlke, wie oft es zu Unfällen auf der Humboldtbrücke gekommen sei und wie viele davon mit Personenschaden verbunden waren, antwortet Herr Marshall, dass er die Zahlen nachreichen werde und nochmals unterstreiche, dass die Polizei nicht erst bei einer Häufung von Unfällen aktiv werde, sondern es bei Maßnahmen der Geschwindigkeitsüberwachung um Regeltreue und die Senkung der durchschnittlichen Geschwindigkeiten gehe. Herr Gohlke erwidert, dass ihm der Zusammenhang zwischen einer Gefährdung und der entsprechenden Polizeimaßnahme nicht klar sei. Baustellen, so Herr Marshall, seien hohe Gefahrenquellen und dort erfolgen generelle Kontrollüberwachungen. Es gebe keinen Grund, warum sich Autofahrer nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen halten – hier werde vorbeugend gehandelt. Abschließend stellt Herr Krause fest, dass keiner die Sicherheit eines rechtsfreien Raumes haben dürfe, weil sonst eine Strafverfolgung keinen Sinn habe.

Danach äußert sich Herr Voehse, Sozialarbeiter vom Babelsberger Fanprojekt, zu den Presseartikeln, in denen am Vorgehen und dem Ermessen der Polizei Kritik geübt wurde (siehe PNN vom 16.03.07 und 23.03.07 und MAZ vom 23.03.07). Anschließend führt Herr Küpper dazu aus, dass sich die Vorschriften für das Vorgehen der Polizei aus langjährigen Erfahrungen ableite und erläutert die Vorgehensweise. Im Weiteren werden die Ereignisse und Vorgänge bezüglich der Auflösung einer unangemeldeten Demonstration auf dem Luisenplatz erläutert.

Abschließend bedankt sich der Oberbürgermeister für die gute Zusammenarbeit, die auch zukünftig Ziel zwischen Stadt und Polizei sein solle. Dem schließt sich Herr Küpper an und würdigt die faire Zusammenarbeit in Potsdam sowie die „offene Runde“ im Hauptausschuss.

neu

Freizeitbad

Vorlage: 07/SVV/0173

Verfasser: Fraktion DIE LINKE. PDS

Änderungsantrag SPD

überwiesen zur Erledigung

Herr Dr. Scharfenberg begründet den Antrag und erläutert das Anliegen. Anschließend verweist der Oberbürgermeister auf den von der Fraktion SPD in der StVV eingebrachten Änderungsantrag, in dem in der 1. Zeile „... für den Fall ...“ gestrichen und durch „...**nach einer eventuellen** ...“ ersetzt werden soll. Anschließend nimmt Herr Paffhausen Stellung zu dem vorliegenden Antrag und führt aus, dass seit fast einem Jahr eine konkrete Planung für den im Antrag beschriebenen Fall existiere, auf die man aufbauen könne.

Bezüglich des Förderantrages sei der Sachstand der, dass es einen zusätzlichen Prüfauftrag von der ILB gebe, der auch erfüllt worden sei und die Unterlagen nunmehr beim Wirtschaftsministerium vorlägen und geprüft werden. Da es im Ministerium noch Klärungsbedarf gebe, werde der Förderantrag nicht im April, sondern erst im Mai im Förderausschuss behandelt.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, wie lange die Stadtwerke benötigen, um die Vorbereitungen für die Sanierung der Schwimmhalle zu treffen und betont, dass der Antrag auch als Signal an das Land gedacht sei, den Förderantrag zügig zu bearbeiten.

Herr Paffhausen erwidert, dass mit ca. 6 – 8 Wochen bis zur konkreten Auftragsauslösung zu rechnen sei. Seitens der Stadtwerke habe man auch das Auslaufen der Sondergenehmigung der Bauaufsicht im Blick und werde sich frühzeitig um eine evtl. notwendige Verlängerung bemühen.

Herr Dr. Scharfenberg erklärt den Antrag auf Grund der gegebenen Informationen als erledigt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Information zur Anfrage 07/SVV/0012 der Stadtverordneten Bankwitz zu den Gaspreisen

Herr Paffhausen führt dazu aus, dass zum 01. April 2007 eine Senkung der Preise erfolgt sei und Potsdam im Städtevergleich im guten Mittelfeld liege. Bei Ein- bis Sechs-Familienhäuser gehöre man im Durchschnitt zu den teuersten Anbietern, sei dafür aber bei den Kleinverbrauchern deutlich preiswerter. Er meine, die „Besserverdienenden“ könne man auch mehr zur Kasse bitten, denn Aufgabe der Unternehmensführung sei es auch, darauf zu achten, dass Gewinne erzielt werden, die für die Quersubventionierung z.B. für die Verkehrsbetriebe und die Bäderlandschaft genutzt werden. Bezüglich des Städtevergleiches müsse man auch betrachten, ob die anderen Anbieter dies ebenso tun.

Frau Bankwitz entgegnet, dass die „Besserverdienenden“ durchschnittliche Familien seien, die in Reihenhäusern wohnen, zwei Kinder haben, nicht über Öfen verfügen und nicht an die Fernwärmeversorgung angeschlossen seien. Trotzdem bleibe ein erheblicher Unterschied z.B. zwischen Potsdam und Magdeburg bei einem Verbrauch von 20.000 kwh der ca. 300 Euro betrage. Wenn die Stadt lebenswert sein soll und man junge Familien ansiedeln wolle, wie z.B. im Bornstedter Feld, seien diese Kostenunterschiede nicht unerheblich. Das Argu-

ment der Leistungen für Dritte sei richtig; diese Leistungen werden in anderen Städten aber auch erbracht. Sie wolle wissen, wo die Quersubventionierung beginne und wie man das vielleicht anders regeln könne.

Herr Paffhausen verweist darauf, dass Potsdam bei den Vergleichszahlen um 4 % über dem Mittelwert liege. Vor einem halben Jahr gab es bezüglich der Preisgestaltung eine Veranstaltung der Stadtwerke, wo die Preispolitik auch in Anwesenheit einiger Stadtverordneter diskutiert und für gut geheißen wurde.

Der Oberbürgermeister meint, dass diese Angelegenheit schon durch die Behandlung und Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung und im Hauptausschuss transparent sei und darüber hinaus weitere Informationen im Beteiligungsbericht stünden. Im Weiteren haben sich die Aufsichtsräte der Stadtwerke und der EWP intensiv mit der Problematik beschäftigt. Durch die Fragen und Diskussionen entstehe der Eindruck, die Relationen hätten sich in den letzten drei Monaten geändert, was aber nicht der Fall sei. Was sich geändert hätte, wären die Bezugskosten.

Frau Bankwitz entgegnet, dass bisher das Hauptargument die Vorlieferpreise gewesen seien, was nun nicht mehr so sei. Sie meine, Potsdam müsse sich dem Städtevergleich stellen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dies ein sensibles Thema sei, mit dem man offen umgehen und es nicht nur zur Kenntnis nehmen müsse. Die Zielrichtung sei, günstige Preise für die Bürger der Stadt anzubieten. Die Preispolitik sei schon immer heftig diskutiert worden, wobei auch die Einkaufspreise eine Rolle spielen, aber auch die Quersubventionierungen, bei denen die Stadtwerke viel leisten, wie z.B. bei den Verkehrsbetrieben.

zu 3.2 Mängelbeseitigung am Theaterneubau

Frau Remann führt dazu aus, dass es bezüglich der Mängel mit dem Behinderten-WC Umbauarbeiten gegeben habe, die seitens des Behindertenbeirates und des Behindertenbeauftragten begutachtet wurden. Nunmehr seien noch zwei Betätigungsschalter anzubringen.

Bezüglich der Akustik lägen die Messergebnisse und Vorschläge vom Akustiker vor, die derzeit von den Beteiligten geprüft werden, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz, welche Vorschläge es denn gebe, antwortet Frau Remann, dass sich diese für jede Inszenierung unterschiedlich darstellen. Bezüglich der Nachfrage von Frau Paulsen, wie mit den anderen Mängeln umgegangen werde, verweist Frau Remann darauf, dass das Gewährleistungsmängel seien, die auch abgearbeitet werden – einige davon jedoch nicht bei laufendem Spielbetrieb. Auch für die Geräuschbeseitigung gebe es einen Termin in der Spielpause.

zu 3.3 Information zur Schiffbauergasse

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass die Veranstaltungstermine schriftlich ausgereicht werden. Frau Dr. von Kuick-Frenz führt im Weiteren aus, dass mit dem Voranschreiten des Baugeschehens Absprachen und Klärungen erfolgen müssen. Das betreffe derzeit das Tonstudio, welches bis zum 18. April ausgezogen sein müsse, um mit den Bauarbeiten am „Offizze“ beginn zu können. Derzeit werde nach einer Lösung für die Unterbringung des Tonstudios gesucht und dabei auch das „Waschhaus“ geprüft.

Frau Paulsen fragt nach, wer für die Verlegung der Parkplätze verantwortlich sei, wenn Ende Juni mit dem Bau des Parkhauses begonnen werde. Das sei die Verantwortung des Sanierungsträgers, so Frau Dr. von Kuick-Frenz, und für Ersatz-

parkplätze sei an der Nutheschnellstraße neben den ehemaligen Pferdeställen gesorgt.

zu 4 Sonstiges

Frau Dr. Müller bittet um eine Information bezüglich der Durchwegung des Zeltplatzes Gaisberg, da es mit Beginn der Saison Probleme mit der Aufrechterhaltung des Radweges gebe. Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Information für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 25.04.2006 zu.

Herr Dr. Scharfenberg bittet den Oberbürgermeister um eine Einschätzung, wann hinsichtlich der Tram-Brücke mit einer endgültigen Entscheidung zu rechnen sei. Nach der zur Sitzung der StVV am 04.04. zur Kenntnis gegebenen Stellungnahme des Landesrechnungshofes sei den Fraktionen heute eine Stellungnahme von Prof. Dr. Meyerhöfer zur Kenntnis gegeben worden. Es sei nun endlich an der Zeit, eine abschließende Entscheidung zu treffen, um nicht jeden Tag eine neue Position zur Kenntnis zu erhalten.

Der Oberbürgermeister stimmt der Forderung nach einer schnellen Entscheidung zu und verweist auf einen Termin am 12.04. beim Bauministerium, bei dem es um die Abwägung der Argumente gehe. Er werde den Hauptausschuss über das Gesprächsergebnis informieren und betont, dass die Zeitverzögerung aus seiner Sicht auch unbefriedigend und nicht hinnehmbar sei.

Frau Kirchner betont, dass über die Kritiken ihrer Fraktion rechtzeitig informiert worden sei und sie sich gegen die Aussage, es gebe jeden Tag eine neue Information, verwahre. Sie erinnert den Oberbürgermeister an die Bitte ihrer Fraktion, das Schreiben des Landesrechnungshofes zu erhalten. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er die Fraktion aufgefordert habe, sich direkt an den Landesrechnungshof oder das Ministerium zu wenden.

Im Weiteren informiert Herr Dr. Scharfenberg über einen von seiner Fraktion beantragten Bericht zum Stand „Tierheim“, der in der Hauptausschusssitzung am 25.04.2007 gegeben werden soll. Er bittet, dazu auch Vertreter des Tierschutzvereins, wie Herrn Wanke und die Prinzessin von Preußen, einzuladen. Der Oberbürgermeister sagt dies zu.

Abschließend verweist Herr Dr. Scharfenberg auf das von ihm bereits mehrfach angesprochene Problem der Straßenreinigung in der Wichgrafstraße, die durch die Bauarbeiten seit einem Jahr nicht stattfindet und vorerst auch nicht stattfinden werde. Er fragt nach dem Verfahren zur Gebührenberechnung für die Anlieger.

Frau Dr. von Kuick-Frenz informiert, dass sie das Problem zur Klärung in Auftrag geben habe, die Prüfung jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Bei Baumaßnahmen, die länger als 4 Wochen dauern, werde in der Regel keine Straßenreinigungsgebühr erhoben. Sie rechne für Anfang der nächsten Woche mit einem Prüfergebnis.

Herr Schüler fragt nach dem gegenwärtigen Sachstand im Umgang mit dem Nachlass von Hedwig Bollhagen. Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Information für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 25.04.2006 zu.